Wochenblatt für Wilsdruff

Tharandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meißen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Tharandt.

Lokalblatt für Wilsdruff,

Altanneberg, Birkenhain, Blankenstein, Braunsdorf, Burkhardtswalde, Groitzsch, Grumbach, Grund bei Mohorn, Helbigsdorf, Herzogswalde mit Landberg, Hühndorf, Kaufbach, Kesselsdorf, Kleinschönberg, Klipphausen, Lampersdorf, Limbach, Lotzen, Mohorn, Miltitz-Roitzschen, Munzig, Neukirchen, Neutanneberg, Niederwartha, Oberhermsdorf, Pohrsdorf, Röhrsdorf bei Wilsdruff, Roitzsch, Rothschönberg mit Perne, Sachsdorf, Schmiedewalde, Sora, Steinbach bei Kesselsdorf, Steinbach bei Mohorn, Seeligstadt, Spechtshausen, Taubenheim, Unkersdorf, Weistropp, Wildberg.

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. — Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk. 30 Pf., durch die Post bezogen 1 Mk. 54 Pf. Inserate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens Mittags 12 Uhr angenommen. — Insertionspreis 15 Pfg. pro viergespaltene Corpuszeile.

Druck und Verlag von Martin Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion Martin Berger daselbst.

No 20. | **Sonnabend, den 14. Februar 1903.** | **62. Jahrg**

Schule zu Wilsdruff.

Die

Anmeldung

der Kinder, die Ostern schulpflichtig werden, hat

Montag, den 16. d. M. für die Buchstaben: A—F [d. h. für die Kinder, deren Familiennamen mit den Buchstaben A, B, C, D, E u. F beginnen]

Dienstag, den 17. d. M. für die Buchstaben G—M,
Donnerstag, „ 19. „ „ „ „ „ N—S. u.
Freitag, „ 20. „ „ „ „ „ T—Z
nachmittags von 2—4 Uhr

im Amtszimmer der Direktion [Schulgebäude, I. Stock, Zimmer No. 9] statt.

Es wird gebeten, folgendes zu beobachten:

1. **Schulpflichtig** sind alle Kinder, die bis **zum 1. April** dieses Jahres das 6. Lebensjahr vollenden.
2. Zur **Anmeldung können gebracht** werden alle Kinder, die bis **zum 30. Juni** noch das 6. Lebensjahr vollenden.
3. Für die in **Wilsdruff** selbst geborenen Kinder ist nur der **Impfschein,** für **alle auswärts** geborenen **Geburtsurkunde** [Taufschein] u. **Impfschein** vorzulegen.
4. Bei Kindern aus **gemischten** Ehen, die **nicht** dem Bekenntnisse des **Vaters** folgen sollen, ist der **Nachweis** des an **Gerichtsstelle abgeschlossenen Erziehungsvertrages** beizubringen.
5. Es ist wünschenswert, dass die Kinder — sofern sie nicht erkrankt sind — bei der Anmeldung der Direktion **vorgestellt** werden.
6. Es ist **untunlich,** die Kinder durch **Schulkinder** oder **Dienstpersonal** anmelden zu lassen.

Die

Aufnahme

der schulpflichtig gewordenen Kinder erfolgt

Montag, den 20. April, nachm. 2 Uhr,

in der **Turnhalle.**

Wilsdruff, am 11. Februar 1903.

Die Direktion der städtischen Schulen:
Dr. Schilling.

Politische Rundschau.

Vom Kaiserhofe. Der Kaiser, der Mittwoch Abend vor dem Hofball den neuen französischen Botschafter Bichourd, sowie die Bürgermeister von Berlin und von Hamburg empfing, sprach Donnerstag Morgen gelegentlich eines Spazierganges beim Reichskanzler vor. Später hörte er die Vorträge der Minister v. Goßler und v. Podbielski. Mittags fuhren beide Majestäten nach der Technischen Hochschule in Charlottenburg, um den Apparat für Schnelltelegraphie des ungarischen Erfinders Pollak zu besichtigen. Dieser Apparat übermittelt in einer Stunde 50000 Worte. Die Depesche wird in Gestalt eines durchlochten Papierstreifens dem Apparat übergeben und am Empfangsort mit Hilfe eines eingeschalteten Telephons und einer Dunkelkammer in völlig lesbarer Schrift wiedergegeben. Die Uebermittelung geschah auf eine Entfernung von 500 Km. Professor Slaby führte dem Kaiserpaar Versuche mit der Wellentelegraphie vor. — Das Neue Palais bei Potsdam wird zur Zeit umgebaut; es erhält u. A. einen Fahrstuhl.

Deutscher Reichstag. Die Berathung des Etats des Reichsamts des Innern wurde auch am Mittwoch fortgesetzt. Abg. Hoch (Soz.) sprach 2½ Stunden lang über Sozialpolitik. Abg. Paasche (ntl.) wandte sich gegen den Vorredner, der die Sozialdemokratie wieder mächtig herausgestrichen. Staatssekretär Graf Posadowsky stellte eine Uebersicht über die in der Wohnungsfrage getroffenen Maßnahmen in Aussicht und rieth den Gemeinden an, eine verständige Boden- und Wohnungsreform zu treiben. Abg. Dr. Müller-Meiningen verlangte Nachprüfung der Kellnerverordnung. Abg. von Waldow (kons.) hielt eine kleine Abrechnung mit Herrn Hoch und Abg. Schrader (frs. Verg.) befaßte sich vornehmlich mit der Frauenbewegung.

Deutscher Reichstag. Donnerstagsitzung. Bei sehr schwacher Besetzung ging die Berathung des Etats des Reichsamts des Innern weiter. Abg. Trimborn (Ctr.) wies den sozialdemokratischen Vorwurf zurück, als seien die sozialpolitischen Anträge seiner Partei nur eingebracht zu Wahlzwecken. Die Kampfesweise der Sozialdemokraten sei wenig vornehm. Wenn letztere versuchen sollten, gegen die Stellung des Centrums zu stürmen, so würden sie sich die Köpfe einrennen. Redner befürwortete dann besonders den Antrag auf Einführung der zehnstündigen Höchstarbeitszeit unter Zulassung gewisser Ausnahmen; der Antrag entspringe gesundheitlichen Rücksichten. Abg. Horn (Soz.) beschwerte sich über die Verhältnisse in der Glasfabrikation. Abg. Hilbck (ntl.) hielt den Sozialdemokraten vor, was namentlich in den rheinisch-westfälischen Bergbaubetrieben zu Gunsten der Arbeiter und ihrer Hinterbliebenen geschehe. Mit den Arbeitern sei zu verhandeln auf der Grundlage voller Gleichberechtigung, man könne sich aber nicht die Bedingungen von den sozialdemokratischen Gewerkschaften vorschreiben lassen. Abg. Gamp (frkons.) fragte die Sozialdemokraten, warum sie nicht in ihren eigenen Betrieben den Achtstundentag einführten? (Lärm bei den Sozialisten, Abg. Singer ruft: „Unsinn!", wofür er eine Rüge vom Vizepräsidenten Grafen Stolberg erhielt) Abg. Augst (Südd. Volksp.) sprach gegen den Befähigungsnachweis für das Handwerk. Nach einer Auseinandersetzung zwischen dem Abg. v. Staudy (kons.) und dem Staatssekretär Grafen Posadowsky und nach einer Rede des Abg. Stöcker gegen die Sozialdemokratie erfolgte Vertagung auf Freitag. Schluß ¾7 Uhr.

Die Budgetkommission des Reichstags berieth gestern den Etat der Reichseisenbahnen, wobei einige recht interressante Einzelheiten zur Sprache gebracht wurden. Der Abg. Müller-Fulda (Ztr.) fragte den Minister, ob mit Rücksicht auf die geplante elektrische Beleuchtung der Züge die nöthige Stärke der Lokomotiven vorgesehen sei? Er erhielt die Antwort, daß die Lokomotiven so stark angelegt seien, daß die Leistung für elektrisches Licht dabei garnicht ins Gewicht falle. Weiter wünschte der genannte Abgeordnete zu erfahren, warum nicht die Güterwagen mit Selbstentladung versehen würden, und ob es sich nicht empfehle, nach Art der Amerikaner tragfähigere Wagen einzustellen. Abg. Paasche (nt.) wies darauf hin, daß in Amerika Güterwagen von weit höherem Gewicht als bei uns in Gebrauch seien, die durch Selbstentladung leicht entleert werden könnten. Abg. Singer (Soz.) empfahl der Eisenbahnverwaltung, in Amerika Studien zu machen, da sie dort viel lernen könnte. Der Vertreter der Reichseisenbahnverwaltung erwiderte, die Verwaltung sei fortgesetzt bemüht, die Betriebsmittel zu verbessern. Die preußische Eisenbahnverwaltung habe dauernd einen Techniker in Amerika, der über Fortschritte daselbst berichte. Aber es sei nicht Alles, was in Amerika als Fortschritt gelte, lobens- und nachahmenswerth. Das meinen wir auch. Der Etat der Reichseisenbahnen wurde darauf bewilligt und heute tritt die Kommission in die Berathung des Militäretats ein.

Die Reichstagsneuwahlen werden, wie Präsident Graf Ballestrem im Seniorenkonvent auf Grund einer ihm gewordenen, allerdings noch nicht amtlich verbürgten, Nachricht mittheilte, voraussichtlich Mitte Juni stattfinden. Dies würde den Schluß der Reichstagssession bis Ostern bedingen, da eine Ausdehnung derselben über diesen Termin hinaus zu sehr unter den Wahlvorbereitungen zu leiden hätten.

Der Bundesrath hat in seiner gestrigen Sitzung dem Entwurf wegen Aenderung des Reichswahlreglements behufs Sicherstellung des Wahlgeheimnisses seine Zustimmung ertheilt. Die betreffende Vorlage wird unverzüglich dem Reichstage zugehen. Bei den im kommenden Juni stattfindenden Reichstagswahlen wird dann also bereits im ganzen deutschen Reiche nach dem neuen Reglement gewählt werden, d. h. in einem Isolirraume die Wahlzettel in besondere amtlicherseits hergestellte Couverts gesteckt und von den Wählenden in dieser Umhüllung an den Wahltisch abgegeben.

Aus dem Bunde der Landwirthe ausgeschieden sind zwei einflußreiche konservative Abgeordnete, der Reichstagsabgeordnete Graf v. Roon und der preußische Landtagsabgeordnete Graf zu Dohna. Das Organ des Bundes der Landwirthe bedauert den Austritt dieser beiden Herrn aufrichtig; meint aber, daß man den Herren ihren Entschluß nicht verargen könnte, da ihnen der Bund hundertmal niedriger stehe als die konservative Partei. Ein eifriger und für das Wohl der Landwirthschaft immerdar besorgter Landwirth sollte aber das Werthverhältniß nicht so gewaltig zu Ungunsten des Bundes festsetzen.

Der ehemalige Reichskommissar für Deutsch-Ostafrika, Dr. Karl Peters, weilt wieder in Berlin. Er betreibt daselbst seine Rehabilitierung gegenüber dem Erkenntnisse des kaiserlichen Disziplinargerichtshofes, durch welches Dr. Peter seinerzeit wegen verschiedener schwerer ihm zur Last gelegter Ausschreitungen zur Entlassung aus dem Reichsdienste verurtheilt wurde.

Das serbische Königspaar traf am Mittwoch in dem ungarischen Kloster Krusedol, wo König Milan begraben liegt, ein. Die serbischen Majestäten waren vom Betreten des ungarischen Bodens an auf Befehl des Kaisers Franz Josef von den Behörden mit besonderer Auszeichnung behandelt worden. — In der Kommission des österreichischen Abgeordnetenhauses für die Wehrvorlage gab der Landesvertheiligungsminister Graf Welsersheimb am Mittag Erklärungen zur Duellfrage ab.

Die englischen Staatsmänner fahren fort, sich in öffentlichen rednerischen Kundgebungen zur **Venezuelafrage** zu ergehen. Am Mittwoch sind gleich zwei Mitglieder des Cabinets Balfour mit solchen Kundgebungen hervorgetreten, die Minister Long und Hamilton; jener sprach zu Bristol, dieser zu Ealing. Beide Minister beurtheilten in ihren Reden den Stand der Venezuela-Angelegenheit optimistisch und meinten, daß sich dieselbe ihrer befriedigenden Regelung nähere.

Mr. Chamberlain hat im weiteren Verlaufe seines Aufenthaltes in **Südafrika** in einer zu Grahamstown gehaltenen Rede seine Unzufriedenheit mit den bisherigen Leistungen der britischen Kolonien für das Mutterland bekundet. Namentlich wollte er die Beiträge der Kapkolonie für die britische Flotte als weiter nichts gelten lassen und stellte erhebliche finanzielle Anforderungen an diese Kolonien in Aussicht. Das wird wohl Mr. Chamberlain der populäre Mann in Südafrika gewesen sein!

Venezuela. Während von einer Seite von dem Eintritt neuer Schwierigkeiten in der Abwickelung der venezolanischen Streitfrage berichtet wird, lauten alle übrigen Meldungen dahin, daß die Regelung der Angelegenheit zu Stande gekommen sei. Bowen soll eingewilligt haben, Deutschlands Forderungen einer sofortigen Baarzahlung von 340000 Dollars anzuerkennen. Deutschland giebt dagegen die beschlagnahmten Schiffe an Venezuela zurück, für die zum Sinken gebrachten verlange Venezuela keine Entschädigung. Die Blockade wird auf-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF